Niederschrift

Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Universitätsstadt Marburg

Sitzungstermin:	Donnerstag, 28.03.2019
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	19:00 Uhr
Ort, Raum:	Sozial- und Jugendamt Tagungsraum 2. UG, Friedrichstraße 36

Anwesende Mitglieder

Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier - SPD	Anwesend bis 17:40 Uhr
Herr Kai Abraham - Ev. FBS	
Frau Alexandra Böth - St. Elisabeth-Verein	
Frau Christina Hey - AKSB	
Frau Cornelia Mietz - Eltern-Kind-Verein	
Herr Mario Modry -	
Herr Martin Presenza -	
Frau Marina Siffermann-Gorr -	
Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL	Vertretung für: Herrn Michael Selinka
Herr Bernd Wachtel - Gertrudisheim	
Herr Roland Böhm - Marburger Linke	
Herr Stephan Muth - CDU	
Herr Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen	Vertretung für: Frau Dr. Christa Perabo
Herr Ulrich Severin - SPD	
Herr Matthias Simon - SPD	Vertretung für: Frau Erika Lotz-Halilovic

Anwesend waren weiterhin

als beratende Mitglieder:	Stefanie Lambrecht (JAL), Maria Flohrschütz (Vorsitzende FA Erziehungshilfe), Simona Lison (Vorsitzende FA Jugendförderung)
von der Verwaltung:	Laura Griese (FD 16), Janis Löwe (FD 16), Susann Klingelhöfer (FD 40), Ivana Böhm, Friederike Könitz, Dieter Eigenbrodt, Werner Meyer, Peter Schmittdiel, Angela Stefan, Ulrike Munz-Weege, Wolfgang Wege, (alle FB Kinder, Jugend, Familie)
als Gäste:	Ulrich Kling-Böhm, Karin Ackermann-Feulner, Dr. Corinna Zander, Dorothee Griehl-Elhozayel, Elias Hescher (KiJuPa), Sebastian Rütter, Sergej Schmitt

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Stadträtin Dinnebier eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ordnungsgemäß geladen und in beschlussfähiger Anzahl erschienen sind. Sie begrüßt die Mitglieder und sonstigen Teilnehmer der heutigen Sitzung. Die vorgeschlagene Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.01.2019

Die vorliegende Niederschrift der Sitzung vom 24.01.2019 wird ohne Änderungen durch den Ausschuss genehmigt.

zu 3 Bericht aus den Fachausschüssen, den AGen § 78, der AG kooperative Sozialplanung und dem Jugendamt

Fachausschuss Jugendförderung
Frau Lison berichtet, dass der Fachausschuss Jugendförderung zwischenzeitlich am 30.01. und am 08.03.2019 getagt und sich schwerpunktmäßig mit den Aufgaben, Inhalten und Zielsetzung sowie der angemessenen fachlichen Besetzung des Fachausschusses befasst hat. Auch wurde ein neuer Ablaufplan für die Sitzungen des Fachausschusses beschlossen. Des Weiteren hat sich der Fachausschuss mit Steuerungsfragen zum Jugendbericht beschäftigt.

Fachausschuss Kinderbetreuung
Frau Mietz erläutert, dass sich der Fachausschuss Kinderbetreuung am 26.02.2019 getroffen und mit dem neuen Schwerpunktthema Fachkräfte, Fachkräftegewinnung, Fachkräftesicherung und mit der dazugehörigen Thematik: Praxisintegrierte Ausbildung (PIA) befasst hat. Diese wird gesondert unter TOP 7 vorgestellt.

Fachausschuss Erziehungshilfe
Frau Flohrschütz berichtet, dass der Fachausschuss Erziehungshilfe am 18.03.2019 getagt und sich im Wesentlichen mit dem Thema Betreuungshelfer und insbesondere dem Coaching durch die Erziehungsberatungsstelle am Ortenberg beschäftigt hat. Dabei wurde insbesondere das Marburger Modell, welches Betreuungshelfer mit muttersprachlicher Kompetenz zum Einsatz bringt, betrachtet, mit dem Ziel die Besonderheiten und spezifischen Hilfebedarfe bei Familien mit Migrationshintergrund zu bearbeiten. Weiterer Schwerpunkt war die Eingliederungshilfe gemäß § 35a SGB VIII. Hierzu war Frau Chlebik-Terörde vom Sozialen Dienst des Jugendamtes eingeladen.

AG § 78 Kinderbetreuung
Hat nicht getagt.

AG § 78 Stationäre Hilfen
Hat am 18.03.2019 getagt. Herr Wege berichtet, dass sich die AG § 78 mit den Berichten aus dem HMSI, dem Jugendamt und den Trägern befasst hat. Weiter wurden die Punkte Fachkräfte und Fachkräftegebot, das Meldeverfahren bei besonderen Vorkommnissen, die Kontaktaufnahme zum Familiengericht bei freiheitsentziehenden Maßnahmen und Kostenbeitragsregelungen bei jungen Menschen in Einrichtungen thematisiert.

AG § 78 Prävention
Hat am 26.02.2019 getagt. Frau Hey berichtet, dass sich die AG im Wesentlichen mit der Vertragsgestaltung mit Freien Trägen, hierzu auch TOP 6, befasst hat.

AG kooperative Sozialplanung
Hat am 12.02.2019 getagt. Herr Meyer weist auf 2 in der Anlage beigefügten Papiere hin. Die einerseits den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung über die Grundlagen informieren und im zweiten erläutert die Steuerungsgruppe die Konzeption für eine gelingende kooperative Sozialplanung in der Universitätsstadt Marburg.

Bericht aus dem Jugendamt
Frau Lambrecht begrüßt Frau Ivana Böhm, die neue Netzwerkkoordinatorin für Frühe Hilfen. Im Anschluss stellt Frau Böhm sich und ihre Arbeit persönlich kurz vor.
Frau Munz-Weege berichtet über das zweite Forum für den Jugendbericht am vergangenen Samstag, 23.03.2019. Frau Munz-Weege und Frau Lison stellen dem Ausschuss kurz den Zwischenstand vor.
Herr Schmittdiel informiert, dass die Universitätsstadt im vergangenen Jahr ihre Bewerbung für BIWAQ und JUSTIQ auf den Weg gebracht hat und inzwischen für beide Programme Bewilligungsbescheide vorliegen. Die Programme gehen bis 30.06.2021 und sind mit einer Fördersumme von 1,3 Mio. Euro bewilligt. Die beiden Programme werden mit den bisherigen Trägern fortgeführt und durch Frau Petra Feussner, FD 56 und Herrn Peter Schmittdiel, FD 51, weiter begleitet. Auch erfolgt keine Änderung der Fördergebiete, diese bleiben wie bisher: Richtsberg, Stadtwald und Waldtal.
Frau Munz-Weege berichtet über den heutigen Girls- und Boysday. Hieran nahmen 54 Mädchen und 90 Jungs teil. Beide Geschlechter durften heute Berufsfelder des jeweils anderen Geschlechtes kennenlernen.
Frau Dinnebier berichtet, dass der Haushalt 2019 durch die Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung am vorangegangenen Freitag, 22.03.2019, beschlossen wurde. Hieran hat das im vorangegangenen Jugendhilfeausschuss vorgestellte Konzept zur Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung Berücksichtigung gefunden, so dass in diesem Jahr mit dem Leitungsausbau als erstem Schritt zum Beginn des Kita-Jahres 2019/2020 begonnen werden wird.
Frau Lambrecht berichtet über den Krisenfall mit dem schwerstverletzten und letztlich verstorbenen Säugling. In der Sache verweist Frau Lambrecht auf die Presseberichterstattung und erläutert den Umgang des Jugendamtes mit dieser Krisensituation.

zu 4 KiJuPa: Vorstellung Satzungsänderung

Frau Munz-Weege führt kurz in das Thema ein. Im Anschluss erläutert Frau Könitz und Herr Elias Hescher vom KiJuPa die in der Anlage nochmals beigefügte Tischvorlage (Synopse). Nach ausgiebiger Diskussion des Ausschusses, stimmt der Jugendhilfeausschuss der vorliegenden Satzungsänderung einstimmig ohne Gegenstimmen und Enthaltungen zu.

zu 5 Geschlechtersensible Arbeit mit Jungen

Frau Griese und Herr Löwe vom Gleichberechtigungsreferat sowie Herr Eigenbrodt vom FD Jugendförderung stellen die Thematik vor. Frau Griese erläutert kurz die zu Grunde liegende EU-Charta und den daraus resultierenden Auftrag für die Stadt Marburg. Herr Löwe beschreibt die Entstehung der Angebote speziell für Jungen im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit, welche sich aus dem AK Jungenarbeit entwickelt haben. Die geschlechtersensible Arbeit mit Jungen soll mit der Einrichtung der Servicestelle für Jungenarbeit gefestigt, fortgeführt und auch weiterentwickelt werden. Herr Eigenbrodt stellt anhand der in der Anlage beigefügten Präsentation die Konzeption der Servicestelle vor. Nach umfangreicher und kritischer Diskussion der Beschlussvorlage stimmt der Jugendhilfeausschuss dieser mit 5 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltun-

gen und keinen Gegenstimmen zu. Ein vorheriger Änderungsantrag dahingehend, dass die Ansiedlung der Servicestelle zur Unterstützung der geschlechtersensiblen Arbeit mit Jungen nicht im FD Jugendförderung des Jugendamtes, sondern bei einem Freien Träger erfolgen solle, wurde einstimmig abgelehnt.

zu 6 Vertragsgestaltung mit den Freien Trägern - Beschlussfassung

Frau Lambrecht erläutert den vorliegenden Stand des Vertragsentwurfs und bittet den Jugendhilfeausschuss hierüber abzustimmen. Der Jugendhilfeausschuss stimmt einstimmig für den vorliegenden Vertragsentwurf vom 20.03.2019.

zu 7 PIA (Praxisintegrierte Ausbildung) - VO/6583/2018

Frau Stefan stellt PIA anhand der in der Anlage beigefügten PowerPoint-Präsentation vor. Im kommenden Kindergarten- und Schuljahr soll 2 Teilnehmer*innen die Möglichkeit eröffnet werden, sich im Rahmen von PIA zu qualifizieren. Hierbei will die Universitätsstadt Marburg Erfahrungen sammeln. Schulort ist zurzeit noch Korbach, die dortige Fröbelschule. Erst bei einer absehbaren Schülerzahl von 15 kann an der hiesigen Käthe-Kollwitz-Schule mit einer Lehrerzuweisung gerechnet werden.

zu 8 Entwicklung Ausbau und Träger in der Kinderbetreuung: Konzept Pflegenester; Kooperation DRK-Schwesternschaft und Blista

Dieser TOP wird einvernehmlich auf die kommende Sitzung verschoben.

zu 9 Anträge

Dem Jugendhilfeausschuss liegt der Antrag der Marburger SPD-Fraktion / CDU-Fraktion / Bürger für Marburg vom 22.03.2019 zur Konstituierung eines runden Tisches TRENNUNGSKINDER an die Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung vor.
Herr Severin erläutert den vorliegenden Antrag. Hierbei knüpft er an den am 01. November letzten Jahres stattgefundenen Fachtag „20. Jahre Kindschaftsrechtsreform“ an. Herr Severin möchte mit dem vorliegenden Antrag ausdrücklich Druck auf die Verwaltung ausüben, da ihm der am Fachtag gefundene Konsens zur Einrichtung eines Runden Tisches Trennungskinder nicht zügig genug vorangeht.
Frau Lambrecht erläutert die für die Verwaltung vorherrschenden Rahmenbedingungen und teilt mit, dass im Mai eine erste Kooperationsveranstaltung zwischen dem Jugendamt der Universitätsstadt Marburg, dem Jugendamt des Landkreises Marburg-Biedenkopf und den Familienrichtern terminiert ist. Hierbei ist es dem Jugendamt wichtig, in die bereits durch den Landkreis und das Familiengericht eingerichteten Strukturen mit einbezogen zu werden, da die Richter der örtlichen Familiengerichte weitere Doppelstrukturen ablehnen.
Der Ausschuss diskutiert den vorliegenden Antrag auch mit dem Vorschlag die Beschlussfassung bis nach der zuvor geschilderten Sitzung im Mai zu verschieben. Herr Severin besteht auf sofortige und namentliche Abstimmung. So dann stimmt der Jugendhilfeausschuss mit einer Mehrheit von 5 Stimmen für den Antrag bei 2 Enthaltungen und 2 Gegenstimmen.

Anmerkung der Geschäftsstelle: Die Prüfung der Frage der Zulässigkeit der namentlichen Abstimmungen bzw. der Protokollierung derselben ergibt, dass es hierfür an einer entsprechen-

den Regelung in der HGO oder auch der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg fehlt, so dass diese unterbleibt.
Seitens der Einschätzung des Geschäftsführenden Direktors des Hessischen Städtetages zu dieser Frage an anderer Stelle wurde bemerkt: „*Dass das Konstrukt der namentlichen Abstimmung ursprünglich für moralisch-ethische Grundsatzfragen im Bundestag gedacht war. Nach seiner Einschätzung hat dies in einer Stadtverordnetenversammlung keinen Platz, da hier in aller Regel keine Entscheidungen mit solch ursprünglich angedachter Tragweite zu fällen sind.*“

Herr Presenza beantragt, dass der Jugendhilfeausschuss über folgenden Antrag abstimmt:

1. Die Universitätsstadt Marburg möge dafür Sorge tragen, dass den Freien Trägern (die im Auftrag der Universitätsstadt Marburg Bausteine des Programms JUSTIQ umsetzen) keine finanziellen Nachteile entstehen.
2. Die Universitätsstadt möge in den zuständigen Gremien auf diesen Missstand hinweisen, so dass diese Veränderung der Finanzierung zurückgenommen bzw. in folgenden Projektausschreibungen angepasst werden kann.

Herr Presenza erläutert seinen Antrag. Der Ausschuss erörtert den Antrag und stimmt dem Antrag in geänderter Form:

1. Die Universitätsstadt wird gebeten alles zu unternehmen, um die Nachteile für die den Trägern und Beschäftigten aus dem Förderprogram JUSTIQ erwachsenden Nachteile abzuwenden.
2. Die Universitätsstadt möge in den zuständigen Gremien auf diesen Missstand hinweisen, so dass diese Veränderung der Finanzierung zurückgenommen bzw. in folgenden Projektausschreibungen angepasst werden kann,

einstimmig, ohne Enthaltungen und Gegenstimmen, zu.

---

zu 10 Verschiedenes

Frau Lambrecht bittet den Termin 06.06.2019 vorzumerken, an diesem Tag wird mit dem AFET zusammen ein Fachtag zu den Auswirkungen und der Herausforderungen des Bundesteilhabegesetzes auf die Jugendhilfe im TTZ stattfinden.

Ende 19:00 Uhr

Marburg, den 23.04.2019

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Wolfgang Wege
Protokoll